

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das **werttätige Volk**

Verleger: **Sächsische Staatsdruckerei**,
Dresden, Markt 5, Arbeiter, Ange-
stellte u. Beamten, H.B., Dresden,
Gebrüder Kriebitzsch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch ohne Einfluss höherer Gewalt, hat der Bezahler der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abendausgabe mit der Wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Liedchen, Anekdoten“ sowie der Wöchentlichen Wochenendausgabe „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einzeln 45 Pf., Bringerlohn. (Lohn am Sonntag 2 M., einzeln 85 Pf., Bringerlohn.) Postbezug nur mit „Sonntag“ 1,80 M., zusätzlich Post- und Zustellungsgebühren.

Schreibweise: Westerntag 10, Bernauerstr. Nr. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr
Verkaufsstelle: Westerntag 10, Bernauerstr. Nr. 25 261 u. 23 707.
Verkaufsstelle von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normalzeile 85 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 3 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M., abgültig. Preisänderung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsgesuche 30 Pf. netto. Für Briefwechsel, 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 300

Dresden, Freitag, den 23. Dezember 1932

43. Jahrgang

Wirtschaftsführer gegen Unternehmer

Ein weißer Hase - Rede des Dresdner Handelskammerpräsidenten

Er vergaß die Kriegssopfer

General Schleicher schweigt

Im „Reichsbund“, dem Bundesorgan der größten Kriegsopferorganisation Deutschlands, erfährt die Rundfunkrede des Reichsfinanziers v. Schleicher folgende Beurteilung:

„Weil hat auch der neue Reichsfinanzier es nicht für nötig gehalten, auf die Lage der Kriegssopfer einzugehen und sich darüber zu äußern, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um die Lage derer zu lindern, die für den Bestand des Reiches Leben und Gesundheit geopfert haben, obwohl der Bundesvorstand des Reichsbundes noch am Tage vor seiner Rundfunkrede an den Reichsfinanzier folgendes Telegramm geschickt hat:

Kriegsbeschädigte und Kriegsernterlebende sehen mit Spannung der morgigen Erklärung der Reichsregierung im Rundfunk durch Ihre verehrten Herrn Reichsfinanzier entgegen. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsernterlebender und Kriegsernterlebender verweist nochmals auf das am 7. Dezember 1932 angenommene Hilfsprogramm und seine darin formulierten vorzüglichen Forderungen, deren baldige Erfüllung erwartet wird.

Nach dem Rücktritt des leider zu früh verstorbenen, der Sozialdemokratie angehörenden Reichsfinanziers Hermann Müller hat kein Reichsfinanzier, weder Dr. Brüning noch die Herren v. Papen und v. Schleicher, es für nötig befunden, den Kriegsopfern zu sagen, ob und was für die Verbesserung ihrer Lage getan werden soll. Diese Unterlassung erschüttert den Reichsbund die Beurteilung der Verantwortlichkeit des neuen Reichsfinanziers und seines Regierungsprogramms.“

Vergebliche Mahnung

In der Gesamtsitzung der Industrie- und Handelskammer Dresden am Donnerstag erfaßte der Präsident Wolf den Jahresbericht auf das Jahr 1932. Nach seinen Ausführungen haben die Ereignisse in der Politik eine Verunsicherung des wirtschaftlichen Niederganges unmöglich gemacht. Das Vertrauen habe sich selbst dort, wo kleine Anläufe zu einer Besserung des wirtschaftlichen Zustandes zu sehen seien, da es an Stetigkeit der politischen Verhältnisse völlig fehle. Reich sei nicht zu verlassen, daß die Entwicklung der Innen- und Außenpolitik, auf lange Zeit gesehen, doch auch zu einer Auflockerung vieler Hindernisse geführt habe, die einer geordneten Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit vielen Jahren im Wege standen.

In der Innenpolitik sei es das Programm der Regierung Papen gewesen, das für die Wirtschaft nach einer langen Zeit fast völliger Hoffnungslosigkeit neue Perspektiven in eine bessere Zukunft eröffnete. Im ganzen gesehen, sprache aus dem Programm dieser Regierung ein so hartes Verbotnis zu den Grundfragen der Individualwirtschaft, eine so starke Anerkennung des belebenden Wertes der Unternehmerinitiative, daß man nur den dringenden Wunsch äußern könne, daß an diesen Grundgedanken auch die neue Regierung festhalten möchte.

Der katastrophale Abbruch des Jahres 1931 habe sich nicht in seinem furchtbaren Tempo fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit habe sich seit dem Sommer nicht mehr wesentlich verändert. Die Zahl der Insolvenzen habe ganz erheblich nachgelassen. Die Berichte aus dem Bezirk über die letzten Monate ließen erkennen, daß wenigstens in manchen Kreisen bei einem nicht unbedeutlichen Teile eine leichte Besserung eingetreten ist. So hoch das psychologische Niveau für die Entwicklung der Konjunktur zu

veranschlagen sei, so wenig sei doch mit alledem gewonnen, wenn noch viele Millionen von kräftigen und arbeitswilligen Menschen festsitzen müssen, die zum Teil seit Jahren ohne Erwerb sind.

Man sehe heute noch genau wie vor einem Jahre vor der bange Frage, wie diese Millionen wieder zu einer fruchtbringenden wirtschaftlichen Betätigung und zu eigenem Erwerb gebracht werden können.

Die Verhältnisse im Dresdner Bezirk seien besonders trostlos. Ein erschreckend hoher Teil der Bevölkerung lebe von der öffentlichen Fürsorge. Viele Fabriken seien endgültig geschlossen, von deren Arbeiterkraft niemand sagen könne, wie sie je wieder in einer anderen Arbeitstätte Beschäftigung finden soll.

Deshalb sei es kein Wunder, daß sich ein großer Teil des Volkes Bewegungen und Parteien zugewandt habe, die die Rettung in einer grundsätzlichen Umgestaltung des Wirtschaftssystems suchten. Angesichts dieser Situation müßte das Papen-Programm mit seinem betonten Festhalten an der freien Unternehmerrwirtschaft nicht so sehr als Zugewandtes, als vielmehr als Appell an das Unternehmertum aufgefaßt werden, seine Lebensfähigkeit zu beweisen. Nach Verkündung des Papen-Programms sei zunächst eine Welle des Vertrauens durch die Wirtschaft gegangen. Es sich freilich heraus in Zukunft wieder eine wirklich gesunde, blühende Wirtschaft entwickeln läßt, hänge weitgehend davon ab, ob das private Unternehmertum tatsächlich noch die inneren Kräfte besitze, an die hier appelliert worden sei.

Wenn man allerdings die Forderungen prüft, die an die Kammer von den von ihr vertretenen Kreisen gestellt worden sind, wenn man die Einkünfte, die alle diese Forderungen erkennen lassen, richtig beurteilt, dann müßte man zweifeln, ob

Wer finanziert Hitler?

10 Millionen Mark vom Gerling-Konzern

Die im November in einer Zeitschrift veröffentlichten Behauptungen, daß der Gerling-Vericherungskonzern in den Jahren 1930/32 mit rund 10 Millionen Mark der Hauptfinanzier der Hitler-Partei gewesen ist, erhalten trotz den vom Braunes Haus und dem Konzern verbreiteten Dementis durch folgenden Vorgang ihre direkte Bestätigung:

Am 21. November erschien einer der Direktoren des Gerling-Konzerns in der Redaktion des „Tagebuchs“ und verlangte einen Widerruf der Nachricht. Die Redaktion erklärte, sie könne sich hierzu nur dann herbeilassen, wenn die verantwortlichen Verantwortlichen des Vertriebsbüros des Gerling-Konzerns vor einem Notar die eidesstattliche Versicherung abgeben, daß ihr Konzern niemals direkt oder indirekt der NSDAP, erheblich Geldmittel zugeführt habe. Mit dieser Bedingung war der behandelnde Direktor einverstanden. Er leitete den Wortlaut der eidesstattlichen Versicherung sofort der Zentrale des Gerling-Konzerns in Köln zu. Diese ließ sich aber bis zum 2. Dezember nicht und beschränkte sich dann unter gleichem Datum auf die eidesstattliche Versicherung, daß sie die verlangte eidesstattliche Versicherung nicht abgeben werde, obwohl sie nach wie vor ein Interesse an der Nichtveröffentlichung der Nachricht habe. — Das ist deutlich genug!

Sträßer fordert Klage

Otto bietet Beweis an: für die 12 Millionen Nazischulden, Schleichers Drohung und die Hündchenszene - Die heulenden „starken Männer“

In der neuesten, am Donnerstag erschienenen Ausgabe des Berliner Nazi-Oppositionsblattes bekräftigt Otto Sträßer „trotz und wegen der an ihn aus dem Hitler-Lager gekommenen Wordrohungen“ seine Enthüllungen über die Zustände in der Hitler-Partei und über die Ursachen der „Ausbeutung“ Gregor Strähers.

Gegenüber allen von den Braunen Särfen gegebenen Dementis hält Otto Sträßer seine von uns wiedergegebene Darstellung aufrecht. Er habe von vornherein mit der bekannten Dementiermaschine Hitlers gerechnet. Sie habe auch jetzt wieder prompt funktioniert. Es bleibe also nichts übrig, als den Wahrheitsbeweis anzutreten, und Otto Sträßer bietet sich an, seine Behauptungen in einem Monatsprozeß vor Gericht eidleich zu erdärten. Er fordert Hitler auf, ihm diese Gelegenheit zu geben, und er werde beweisen:

1. Die Tatsache der Millionenschulden der Hitler-Partei, der Nazi-Pressen und der Nazi-Unternehmungen. Dabei dürfe sich niemand täuschen lassen, wenn die meisten dieser Unternehmungen auf einen Privatnamen notariell eingetragen sind, wie zum Beispiel das Braunes Haus in Preßlau, bei dem als Käufer der Gauleiter Brückner fungierte. Dasselbe kostete er zwar für die noch rückständige Summe von 100 000 M., deren Monatsraten von 10 000 M. ins Stolten geraten seien. In Wahrheit seien dies aber Schulden der Nazi-Partei.
2. Otto Sträßer behauptet noch einmal die Drohung Schleichers, der SA die Finanzierungsquellen zu verstopfen, falls Hitler „die Anlaufkrisis“ dem Kanzlergeneral verweigere. Hier habe auch Schleicher bemerkt: „Sträßer ruft aber Göring als Zeugen an! Ihm gegenüber sei Schleichers Drohung gefallen. Der Kanzler habe dabei drohend auf die hinter ihm stehenden Wirtschaftskreise geendet, woraus wieder einmal klar ersichtlich sei, wer die „sozialistische Arbeiterpartei“ des Herrn Hitler finanziere. Die Schwärzindustrie, die Großagrarier und die Großbanken! Daß die Drohung Schleichers wahr sei, beweist nach Otto Sträßer allein die gegenwärtige politische Haltung der Nazi-Partei und ihre Tolerierungspolitik. Die Hitler-Partei hat dem Kabinett Schleicher „die Anlaufkrisis“ gegeben. Keine Propagandalüge würde diese Tatsache fort!

„Um aber Hitler zu zeigen, wie gut wir über die internen Vorgänge in seiner Partei und in seinen Fraktionen informiert sind“, schildert Sträßer in seinem neuen Artikel „Die Hündchenszene“ und den Treuehauch der Reichstagsfraktion für Hitler nach dem „Arbeitsurlaub“ Strähers wie folgt:

„Nach kurzer, „gemütvoller“ Ansprache Hitlers, der mit tränenerfüllter Stimme immer ausrief: „Daher mir das antun konnte! Gerade jetzt! Das hält ich nie für möglich gehalten! —“, sah der gute Schauspieler „böllig gebrochen“ auf einen Stuhl — und weinte. Und vor ihm stand Göring, mit beiden Händen die Hand des Führers greifend und die Tränen liefen ihm über die dicken Backen. Daneben schluchzend Herr Brücker und — Kroschkestränen, seid gelobt — Dr. Goebbels mit weißem Taschentuch. In zweiter Reihe Herr Bernhard Ruch, von einem Weintrauf geschüttelt und Herr Deines, wüste Drohungen gegen Sträßer ausstößend. Im Hintergrund hörte man Streichers sonore Stimme: „Der treulose Hund, der Sträßer! Unserem Führer solches Leid zuzufügen.“ Und dazwischen drängte und schob sich die Schar der erstaunten, empörten, veräffelten, ratlosen Männer, von denen nur Dementis mit seinem montanten Gesicht und Kaufmann und Koch mit ihren roten Köpfen auffielen.“

Goebbels gegen Konkurrenz

Das Hitler-Blatt in Berlin

APK. Berlin, 2. Dezember. Inzwischen dem Berliner Gauleiter Dr. Goebbels und der Münchener Parteileitung sind erneut unerwartete Differenzen entstanden: Auf ausdrückliche Anforderung Hitlers erscheinen im bisherigen Verbreitungsgebiet des Angriff vom 1. Januar an zwei neue Tageszeitungen, eine Ausgabe des Zentralorgans, des Völkischen Beobachters, für Groß-Berlin und das Märkische Tageblatt für den Gau Brandenburg. Herr Goebbels erblickt in dieser Regelung mit Recht eine starke Schwächung des Angriffs, dessen Wirkung und eine finanzielle Beeinträchtigung des Angriffs, dessen Anteil zu einem allerdings unter 50 Prozent liegenden Satz in seiner Hand sich befinden. Wir erfahren, daß Dr. Goebbels die Aufnahme der Werbaufträge für die beiden neuen Tageszeitungen im Angriff erst dann angestanden hat, als ein förmlicher Befehl von der Münchener Parteileitung unter Betonung der Rücksichtnahme beim Angriff vorgelegt wurde. Nunmehr jedoch hat Goebbels ultimativ gefordert, daß ihm die diktatorische Meinung über die Redaktionen des Angriffs und der beiden neuen Blätter übertragen wird; es muß nach den Vorgängen und unter Berücksichtigung der Hitlerischen Organisationspläne mit Sicherheit angenommen werden, daß die Münchener Parteileitung diese Forderung des Dr. Goebbels ablehnen wird.

„So — und wenn es Herr Hitler oder Herrn Goebbels gefällt, den Wahrheitsbeweis für die genaue Wiedergabe dieses Bildes zu hören — dann stehen wir ihm vor Gericht mit der Zeugenaussage von etwa 35 Mitgliedern der Reichstagsfraktion zur Verfügung!“

Keine Schmierensombräe könnte eine solche Szene erfinden, kein Maler je einen solchen Deldruck wie ihn hier die Selben des Dritten Reiches stellen. Die „rauen Kämpfer“, die Männer aus der Nacht der langen Messer, des Galgenbauers und Hansfeldbrehers, die Ketter und Reinger des deutschen Volkes weinend um ihren wie ein Klagenweib ankommend gebrochenen und heulenden „Führer“ und „Verlorenen Adolf“. Daneben Reichstagsmitglied Goebbels, „der klumpfüßige Verräter“, die Nase in das weiße Schnupftuch haltend; wenn die Selben längst vermodert sein werden, dies Bild wird bleiben!

„Das ist deutlich genug!“

Ein Siasfo fondergleichen

Gröfsmma?